

## Führungsrolle der SED wurde aus der Verfassung der DDR gestrichen

13. Tagung der Volkskammer / Untersuchungsausschuß erstattete Bericht / Abgeordnete empört über Amtsmissbrauch und Korruption / Reisegesetz in erster Lesung behandelt

Berlin (ND). Die Volkskammer strich auf ihrer 13. Tagung am Freitag aus Artikel 1 der Verfassung den Halbsatz, der die Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei festschrieb. Die Abgeordneten behandelten außerdem in erster Lesung das Reisegesetz. In einer Fragestunde standen Regierungsmitglieder Rede und Antwort zu aktuellen Problemen. Großen Raum fand in der Aussprache ein Zwischenbericht des zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht.

Die Änderung des Artikels 1 der Verfassung, ein in der Bevölkerung heiß diskutiertes Thema, erfolgte auf der Grundlage von Anträgen aller Fraktionen. Die neue Fassung des Artikels wurde bei fünf Stimmenthaltungen angenommen. Sie fand damit die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ein von der CDU-Fraktion eingebrachter Antrag, den ersten Absatz des Artikels 1 auf die Feststellung zu reduzieren, daß die DDR ein sozialistischer Staat ist, stieß auf den Widerspruch von Abgeordneten, die die Rolle der Arbeiter und Bauern in diesem Staat betonten. Der CDU-Antrag fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Den Entwurf des Reisegesetzes begründete der Minister für Innere Angelegenheiten, Lothar Ahrendt. Er wurde im Anschluß an eine ausführliche Debatte zur weiteren Prüfung und Diskussion an 13 Ausschüsse verwiesen. Die zweite Lesung mit der Beschlussfassung durch die Volkskammer soll bis spätestens Mitte Januar erfolgen.

Im weiteren Verlauf billigten die Abgeordneten das Gesetz zum Vertrag mit der Tunesischen Republik über Rechtshilfe in Zivil-

und Strafsachen und – bei einer Stimmenthaltung – das Gesetz zum entsprechenden Vertrag mit der Volksrepublik China.

### Schuldige müssen sich verantworten

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zu Amtsmissbrauch und Korruption, Dr. Heinrich Toepflitz, erklärte in seinem Zwischenbericht, daß alle Schuldigen ohne Ansehen der Person zur Verantwortung gezogen werden müssen. Die Arbeit des Ausschusses diene der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in der DDR. Dazu gehöre auch ein Klima würdiger menschlicher Beziehungen, das die Beleidigung und Diffamierung ehrlich arbeitender Menschen ausschließt. Der Ausschuß deckte mit seinen Untersuchungen umfangreiche Baumaßnahmen zugunsten bevorzugter Personen auf, wobei die Finanzierung zum Teil manipuliert wurde. Im Bericht sind Land- und Jagdhäuser, Sonderjagdgebiete sowie weitere Sonderrechte für ehemalige Mitglieder der alten Partei- und Staatsführung aufgelistet. Dr. Toepflitz informierte weiterhin, daß sich die zuständigen Organe bereits mit der strafrechtlichen Verfolgung befassen.

Als erster Redner nach dem Bericht nahm Wolfgang Herger (SED) das Wort und äußerte im Auftrag seiner Fraktion tiefste Empörung und Abscheu über die bekanntgewordenen Tatsachen von Amtsmissbrauch und Korruption. „Diese Deformierung der Partei, die Untreue, die widerrechtliche Aneignung von Volkseigentum haben das Ansehen unserer Partei auf das äußerste beschmutzt.“

In der weiteren Diskussion herrschte Einmütigkeit, daß Amtsmissbrauch und Korruption nach Recht und Gesetz bestraft und nie wieder zugelassen werden.

### Durch Arbeit neues Vertrauen erringen

Es habe in der Vergangenheit grobe politische Fehler der Führung gegeben, die das Land in eine tiefe Krise stürzten, erklärte Egon Krenz in der Debatte. Das alte Politbüro des ZK der SED trage in seiner Gesamtheit Verantwortung dafür. Es sei aber zu unterscheiden zwischen politischen Fehlern und kriminellen Machenschaften. Die Fehler müß-

ten gründlich ausgewertet und entsprechende Mechanismen gegen eine Wiederholung geschaffen werden.

Mit einer Wortmeldung Hans Modrowski ging die Aussprache zu diesem Tagungsordnungspunkt zu Ende, der die Abgeordneten in Zorn und Trauer über Entartungen sozialistischer Politik gestürzt hatte. Der Regierungschef rief auf, durch Arbeit wieder Vertrauen zu erringen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, der Runde Tisch werde dazu führen, daß alle bereit sind, Verantwortung zu tragen.

In einer Erklärung, die bei sechs Stimmenthaltungen angenommen wurde, entbietet die Volkskammer der Föderativen Versammlung und den Völkern der CSSR ihre Hochachtung und bringt ihre Sympathie gegenüber dem eingeleiteten Kurs einer grundlegenden demokratischen Erneuerung der Gesellschaft zum Ausdruck. Die Volkskammer halte es in Übereinstimmung mit Willensäußerungen von Bürgern des Landes in dieser Stunde für geboten, zu erklären, daß sie die Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen von Staaten des Warschauer Vertrages im Zusammenhang mit den politischen Auseinandersetzungen in der CSSR im Jahre 1968 aufrichtig bedauert. Sie bitte bei den Völkern der CSSR um Entschuldigung.

### Bald Stellungnahme zur China-Erklärung

Der Außenpolitische Ausschuß der Volkskammer ist beauftragt worden, auf der nächsten Parlamentstagung über die im Juni dieses Jahres verabschiedete Erklärung zu den Ereignissen in China Stellung zu nehmen. Das teilte Volkskammerpräsident Dr. Maleuda auf Anfrage mit.

Die oberste Volksvertretung nahm zu Beginn einer Reihe Mandatsveränderungen vor. Auf Antrag der DBD-Fraktion erhielten der Nachfolgekandidat Roland Materna, auf Antrag der CDU-Fraktion die Nachfolgekandidatin Regina Karpinski, auf Antrag der FDJ-Fraktion die Nachfolgekandidatin Kerstin Hugel und Mayk Plewka, auf Antrag der Fraktion des Kulturbundes die Nachfolgekandidatin Dr. Hannelore Vater und auf Antrag der NDPD-Fraktion die Nachfolgekandidatin Rosemarie Göbbels das Mandat eines Abgeordneten der Volkskammer.

Mit dem Nachrücken dieser Volksvertreter schieden auf entsprechenden Antrag der jeweiligen Fraktionen die bisherigen Abgeordneten Ernst Goldenbaum (DBD), Gerald Götting (CDU), Uwe Lorenz und Frank Straube (FDJ), Werner Lorenz (Kulturbund) und Heinrich Homann (NDPD) aus.

Ausführlicher Bericht von der 13. Tagung der Volkskammer auf den Seiten 3 und 4

## Debatte um „weiße Flecken“ in der Parteigeschichte

Podiumsgespräch im Haus des Zentralkomitees der SED

Berlin (ND). In der Reihe der Podiumsgespräche im Hause des Zentralkomitees der SED ging es am Freitagabend in einer sehr offenen und kontroversen Diskussion um „Weiße Flecken“ – Verdächtigungen und Aufarbeitung der Parteigeschichte. Prof. Dr. Walter Wimmer vom Institut für Marxismus-Leninismus hob einleitend hervor, daß ein gänzlich neues Herangehen der Historiker an die Geschichte der Arbeiterbewegung wie allgemein an die Geschichte der neuesten Zeit notwendig ist. Es gehe vor allem um

die rasche Analyse des „Stalinismusproblems“. In Vorbereitung sei eine Broschüre, die alle namentlich nachweisbaren deutschen Opfer des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion enthalten werde.

Im Verlauf der mehrstündigen Debatte wurde unter anderem gefordert, die Ursachen für die Deformationen des Sozialismus aufzudecken, bisherige Lücken in Geschichtsdarstellungen und Biographien zu schließen sowie niemals mehr eine „Hofhistoriographie“ zuzulassen.

## Außerordentliche Tagung des ZK am Sonntag

Berlin (ND). Das Politbüro des ZK der SED hat das Zentralkomitee zu einer außerordentlichen Tagung am Sonntag, dem 3. 12. 1989, nach Berlin einberufen.

Auf der Tagesordnung stehen die Erörterung der Lage in der Partei, ein Bericht des Vorsitzenden der ZPKK und die Beschlussfassung über die Konsequenzen aus diesem Bericht.

### Prof. Biedenkopf in Bonn:

## BRD hat Pflicht zu Lastenausgleich an die DDR

Bonn (ADN). Der CDU-Bundestagsabgeordnete und langjährige Generalsekretär der Unionspartei, Prof. Kurt Biedenkopf, hat die Verpflichtung der BRD unterstrichen, einen Reparationsausgleich an die DDR zu bezahlen. Gegenüber ADN erklärte Prof. Biedenkopf, es gebe eine politische und moralische Verpflichtung der Bundesrepublik, „eine Art Lastenausgleich zwischen den beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund der ungleichen Kriegsfolgelasten“ zu leisten.

Anlaß für diese Äußerung war ein „Reparations-Ausgleichsplan“, den der Bremer Historiker Dr. Arno Peters am Dienstag vor der Bundespressekonferenz in Bonn erläutert hatte. Danach hat die BRD eine Schuldensumme von insgesamt 727 Milliarden DM an die DDR zu zahlen. Der CDU-Politiker bestätigte, daß er dem Plan in seinen Grundzügen positiv gegenüberstehe.

Siehe auch Seite 7

### In Wien beraten:

## Bald visafrei DDR – Österreich?

Für europäische Zusammenarbeit völlig neue Dimensionen möglich

Wien (ADN). Österreichs Außenminister Dr. Alois Mock hat am Freitag in Wien den stellvertretenden DDR-Außenminister Kurt Nier empfangen. Kurt Nier informierte über die Entwicklung in der DDR, die von österreichischer Seite begrüßt wurde. Außenminister Mock zeigte sich ebenso wie sein Gast zuversichtlich, daß die grundsätzlichen Veränderungen in der DDR weitere Möglichkeiten für den Ausbau und die Vertiefung der sehr guten bilateralen Beziehungen in allen Bereichen mit sich bringen werden. Die derzeitige Entwicklung in Osteuropa sei geeignet, der gesamteuropäischen Zusammenarbeit „wellig neue Dimensionen“ zu erschließen.

Hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen erörterte Kurt Nier mit dem Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums, Thomas Klestil, die Einführung des visafreien Reiseverkehrs. Gespräche darüber sollen aufgenommen werden.

## Reiseverkehr mit Polen erörtert

Bilaterale Verhandlungen beendet

Berlin (ADN/ND). Dreitägige Verhandlungen über aktuelle Probleme der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, darunter Fragen des Reiseverkehrs, des Transits, des Zoll- und Grenzregimes, sind am Freitag in Berlin beendet worden. Die Delegation Polens brachte ihre Mißbilligung gegenüber dem Mißbrauch des Tourismus für Spekulation und illegalen Handel zum Ausdruck. Der Leiter der DDR-Delegation bat für einzelne Fälle und Mißverständnisse beim Auftreten gegenüber polnischen Bürgern offiziell um Entschuldigung. Über die Verhandlungen berichtet wir ausführlich in der Montagausgabe.

## Gorbatschow beim Papst – heute Gipfel vor Malta

Fünf Begegnungen mit USA-Präsident Bush vorgesehen

Vatikanstadt (ADN/ND). Bei der ersten Begegnung eines Staatschefs der UdSSR mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche haben beide Seiten prinzipielle Übereinstimmung zur Aufnahme offizieller staatlicher Beziehungen erreicht. Wie Michail Gorbatschow nach seinem Treffen mit Papst Johannes Paul II. am Freitag im Vatikan erklärte, würden die Modalitäten auf diplomatischem Wege geregelt.

Johannes Paul II. hob hervor, er wünsche von Herzen, daß die Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und George Bush zu „neuen Übereinkünften“ führe, die von einer gewissenhaften Berücksichtigung der Erfordernisse und Erwartungen der Völker inspiriert sind.

Eine deutsche Wiedervereinigung ist nach Einschätzung von Michail Gorbatschow, die er in Mailand vor Journalisten gab, kein aktuelles Problem der inter-

nationalen Politik und würde die gesamte Situation komplizieren. Zum Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die CSSR im Jahr 1968 sagte er, dieser müsse vor dem Hintergrund der Feindschaft der Blöcke gesehen werden. Dennoch sei er keine adäquate Reaktion gewesen. Damals sei es wie heute um Demokratie und um Humanisierung gegangen.

Am Vormittag hatte Gorbatschow seine dreitägige offizielle Visite in Italien beendet.

USA-Präsident George Bush traf am Freitagvormittag zum Malta-Gipfel mit Michail Gorbatschow in Valletta, der Hauptstadt der Inselrepublik, ein, das sowjetische Staatsoberhaupt am späten Abend. Während des Gipfels werden beide Politiker nach dem bisher vorliegenden Programm fünfmal zusammentreffen.

Siehe auch Seite 6



Michail Gorbatschow in Audienz bei Papst Johannes Paul II. Telefoto: ZB/AP

## Bundestag beschloß Etat mit Rekord-Rüstungslasten

Kohls 10-Punkte-Plan gegen SPD und Grüne durchgesetzt

Bonn (ADN). Der Bundestag hat am Freitag nach vierstündiger Debatte mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP den Haushaltsplan für 1990 verabschiedet, der einen Ausgabenanstieg um drei Prozent auf 300 Milliarden DM vorsieht. Der Verteidigungshaushalt soll auf die Rekordsumme von 54,2 Milliarden geschraubt werden. Die SPD-Haushaltsexpertin Ingrid Matthäus-Maier hatte den Rüstungsetat als „anachronistisch“ bezeichnet.

Großen Raum nahm in der Haushaltsdebatte die Auseinandersetzung um den von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgelegten 10-Punkte-Plan für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ein. Statt einer angestrebten gemeinsamen Entscheidung zu diesem Punkt wurden schließlich drei Resolutionen vorgelegt, die unterschiedliche Auffassungen widerspiegelten. Auf Grund der Mehrheitsverhältnisse konnten die Regierungsparteien gegen die Stimmen von SPD und Grünen eine unkritische Unterstützung des Kohl-Planes durchsetzen.

Den Antrag der SPD, die Anerkennung der politischen Westgrenze sowie die Ablehnung jeder Modernisierung vorhandener und der Stationierung neuer Kurzstreckenraketen als Voraussetzung für einen Weg in Richtung Konföderation in eine gemeinsame Entscheidung aufzunehmen, lehnte der Bundestag ab.

Auch der SPD-Forderung, die Rüstungsausgaben nachhaltig zu kürzen und die freierwerbenden Mittel in den „Ausbau des gemeinsamen europäischen Hauses“ zu investieren, stimmten CDU/CSU und FDP nicht zu.

Das gleiche Schicksal ereilte auch den Antrag der Grünen, der die „Anerkennung der staatlichen

Souveränität der DDR und den Verzicht auf den Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik“ als zwingend bezeichnet.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Dübeler-Gmelin erinnerte an den Brief des Deutschen Theaters Berlin an den Bundeskanzler mit der Forderung, daß man Helmut Kohl „nicht unter den Trittbrettfahrern unserer Reformbewegung sehen“ wolle. Sie erklärte: „Die mahnenden Worte der Osterliner Theaterleute an Kohl sollten ihnen allen in den Ohren klingen.“

## Mord an Bank-Chef lange vorbereitet

Fahndung bislang erfolglos

Bonn (ADN/ND). Der Mord am Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, wurde von langer Hand vorbereitet. Laut Bundesanwaltschaft war das Fluchtauto, das am Donnerstag in Frankfurt (Main) gefunden wurde, bereits Mitte Oktober bei einem Autoverleih angemietet worden. Zur gleichen Zeit wurde ein für die Zündung des Sprengsatzes vorgesehener Draht am Tatort verlegt. Nachdem ein Unbeteiligter in Unkenntnis diesen Draht entfernt hatte, brachten die Täter ein zweites Mal einen Draht unter dem Asphalt an. Der Sprengsatz wurde durch eine Lichtschranke – vom Wagen Herrhausens durchbrochen – gezündet.

Die Fahndung nach den Tätern blieb bis Freitagabend erfolglos. Die Polizei sucht das mutmaßliche RAF-Mitglied Seidler, auf den Personenbeschreibungen von Augenzeugen des Attentats in Bad Homburg hindeuten.

## Heute im ND:

● Braucht Vertrauen  
Parteiengründung?  
SEITE 5

● Christoph Hein:  
Leseprobe aus  
„Die Vergewaltigung“  
SEITE 11

● Zum Schicksal  
deutscher Kommunisten,  
die Opfer Stalins wurden  
SEITE 13

● Schatrow an uns:  
Weiter, weiter, Freunde!  
SEITE 14

## Standpunkt

### Tribunal

Wenn an so einem Tage an der Börse Werte ins Uferlose fallen, würde man von einem Schwarzen Freitag sprechen. Für die über 500 Abgeordneten der obersten Volksvertretung der DDR und für die Millionen an den Rundfunk- und Fernsehgeräten war dies kein schwarzer Tag, auch wenn in der Debatte viel Finsteres, ja Schmutziges ans Tageslicht befördert wurde.

Die Volkskammer ward zum Tribunal. Personen wurden vom Sockel gestoßen, die mit teuren Werten Schindluder trieben, indem sie öffentlich Wasser predigten und heimlich Wein tranken, indem sie einem Lebensstil huldigten, der eher dem eines Duodezfürsten denn eines Parteimitglieds und Staatsfunktionärs glich. Das ist um so schmerzlicher und unbegreiflicher, weil es sich um Menschen handelt, die Jahrzehnte selbst das Brot des Volkes geteilt haben und aus Herkunft und Erziehung hätten wissen müssen, wie schwer es zu verdienen ist.

Es ging vor diesem Tribunal nicht vorrangig um die groben politischen Fehler, die es zunaufgegeben hat und aus denen Konsequenzen zu ziehen sind. Es ging um ausgesprochen kriminelle Machenschaften, um Machtmissbrauch, Korruption, Vertuschung, um Delikte, für die es weder Verständnis noch Vergebung geben kann.

Der Grat zwischen Fehlern, auch jenen, die man in gutem Glauben, Unkenntnis oder Unfähigkeit begeht, und Machenschaften ist schmal, aber deutlich. Wer ihn nicht beachtet, verfällt leicht der Versuchung, nicht Recht, sondern Rache zu wollen. So verständlich die Emotionen in dieser Stunde sein mögen: Nur wenn wir rechtens vorgehen, werden wir „das schwere und nicht so saubere Stück der Geschichte“, wie Hans Modrow es sagte, abschließen, gereinigt und geläutert nach vorne gehen können. In diesem Sinne könnte der Freitag einen Neuanfang markieren. Gerd Prokot

### USA-Vizeaußenminister:

## Embargopolitik muß sich ändern

Washington (ADN). Die gegen die sozialistischen Länder angewandten Embargobestimmungen müssen sich nach Ansicht des ersten stellvertretenden USA-Außenministers, Lawrence Eagleburger, ändern. Vor USA-Diplomaten und Geschäftsleuten sagte Eagleburger in Washington, die COCOM-Listen und das gesamte Konzept des Technologietransfers in sozialistische Länder sei den neuen und sich weiter vollziehenden Veränderungen anzupassen. Exportkontrollen sollten nur angewandt werden, wenn keine geeigneten politischen Alternativen zur Verfügung stünden, Vor- und Nachteile sollten sorgfältig abgewogen werden.

## Kurz berichtet

### Einheitsforderung abgelehnt

Berlin. Namhafte Persönlichkeiten aus Kultur, Kunst und Wissenschaft der DDR und der BRD gaben eine gemeinsame Erklärung, „Für eine offene Zweistaatlichkeit“ ab. Sie fordern darin, die Anerkennung der Staatsbürgerschaft zweier deutscher Staaten ohne den Wahn der Obhut oder Aufsichtspflicht des einen über den anderen.“  
Wortlaut Seite 4

### Singh bildet Regierung

Delhi. Der bisherige indische Oppositionsführer Vishwanath Pratap Singh erhielt am Freitag von Präsident Venkataraman den Auftrag zur Regierungsbildung.  
Seite 6

### „Granat“-Mission begann

Moskau. Das Weltraumobservatorium „Granat“ wurde am Freitag vom Kosmodrom in Baikonur mit einer Proton-Trägerrakete gestartet. Es dient der Erforschung der Quellen der Röntgen- und Gammastrahlung im Universum.

## Großer Andrang bei Konzert in Leipzig

Leipzig (ADN). Wolf Biermann gab am Freitag in Leipzig nach über 20 Jahren Zwangspause sein erstes öffentliches Konzert in der DDR. Von mehr als 4000 Besuchern in der Messehalle 2 mit einem Beifallsorkan empfangen, begrüßte der Poet und Sänger sein Publikum mit den Worten: „Ich bin sehr froh und sehr aufgeregt. 25 Jahre wurde ich verboten, und ich werde nie vergessen, wenn ich das zu verdanken habe. Ich werde aber auch nie vergessen, wenn ich heute singen kann – euch.“ Der ebenfalls vor 13 Jahren aus der DDR ausgewürgte Schriftsteller Jürgen Fuchs informierte die Konzertgäste über eine am Nachmittag dem Minister für Kultur übergebene Liste mit den Namen von 77 aus der DDR ausgewürgten Autoren.  
(Fortsetzung auf Seite 2)

## Ungarn verkürzt 1991 Wehrdienst auf ein Jahr

Budapest (ADN). Der Wehrdienst in Ungarn wird 1991 von derzeit 18 Monaten auf ein Jahr verkürzt. Diesen Beschluß faßte die Regierung am Freitag in Budapest. Die Personalstärke der Ungarischen Volksarmee wird bis Ende 1991 neben den schon früher beschlossenen neun Prozent zusätzlich um 20 bis 25 Prozent reduziert.

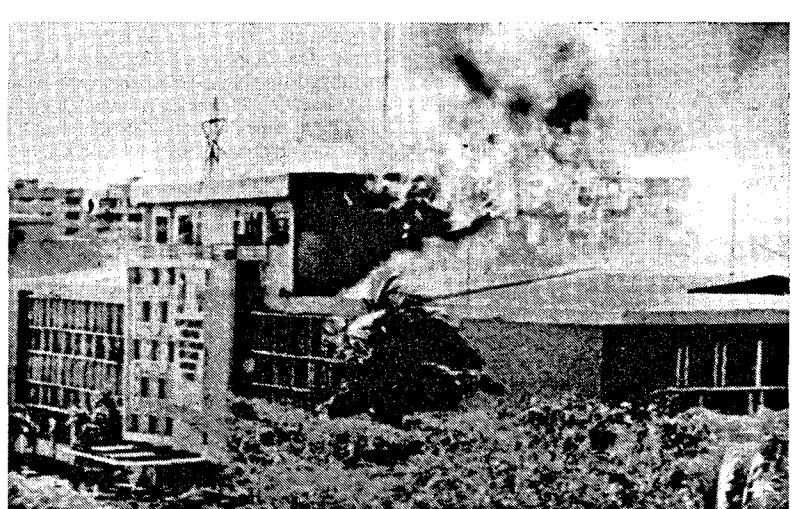
Ungeachtet dessen, daß Ungarn ein blockfreies Europa anstrebe, werde es seine Verteidigungsaufgaben innerhalb des Warschauer Vertrages bis zu dessen Auflösung wahrnehmen. Das erklärte Ministerpräsident Miklos Nemeth laut MTI am selben Tag im Verteidigungsministerium. Die Militärdoktrin Ungarns sei strikt auf Verteidigung ausgerichtet, was in den kommenden Monaten durch umfangreiche Strukturänderungen belegt werde.

## USA sperren Häfen für panamaische Schiffe

Washington (ADN). Die USA sperren mit Wirkung vom 1. Februar nächsten Jahres ihre Häfen für alle unter panamaischer Flagge fahrenden Schiffe. Mit dieser von Präsident George Bush verkündeten Maßnahme soll der wirtschaftliche Druck auf das mittelamerikanische Land erhöht werden, um den Oberkommandierenden der Armee, General Noriega, zum Rücktritt zu zwingen. Laut USA-Berechnungen ergäben sich bei einer Umbeflagung Einnahmeverluste für Panama in Höhe von 20 bis 50 Millionen US-Dollar. Die Maßnahme betrifft rund 1500 Schiffe.

Zahlreiche Reedereien aus vielen Ländern ließen in der Vergangenheit ihre Schiffe der relativ geringen Gebühren wegen in Panama registrieren.

## Philippinen: Regierung Aquino überlebte den sechsten Putschversuch



Flammen schlagen aus dem Präsidentenpalast in Manila. Die Putschisten hatten das Gebäude unter Feuer genommen. An den Kämpfen in der Hauptstadt beteiligten sich laut Schätzungen 1000 bis 1600 Angehörige von Armee und Polizei  
Telefoto: ZB/AP

### Manila (ADN).

Zum sechstenmal in ihrer fast vierjährigen Amtszeit überlebte die philippinische Regierung unter Corazón Aquino einen Militärputsch. Obwohl Beobachter die Lage in dem Inselstaat dramatischer als bei früheren Putschversuchen eingeschätzt hatten, widerstand die Regierung auch diesem Angriff. Frau Aquino hatte die Loyalität der Armeekommandeure, und sie hatte sich der Unterstützung der USA versichert.

Seit Donnerstag hatten in der Hauptstadt heftige Kämpfe getobt, wurde der Sitz der Regierung bombardiert. In den Auseinandersetzungen verloren mindestens 24 Menschen – die Mehrheit Zivilisten – ihr Leben. Den Putschisten gelang es in wenigen Stunden, in Manila drei Militärobjekte zu besetzen, darunter Fort Bonifacio und den Luftwaffenstützpunkt Villamor.  
Siehe Seite 7